



Berlin, 09.06.2016

Lage in Frankreich

In der nächsten Woche reise ich zu politischen Gesprächen nach Frankreich. Das Land steht derzeit vor großen Herausforderungen. Die grausamen Terroranschläge in Paris im November 2015 haben uns die Verletzlichkeit unserer öffentlichen Sicherheit und Ordnung schmerzlich vor Augen geführt. Damals kamen 130 Menschen ums Leben, fast 400 wurden verletzt. Die französische Regierung hat unmittelbar reagiert und zusammen mit dem Parlament den Ausnahmezustand ausgerufen. Das bedeutet, dass diverse Bürgerrechte zeitlich begrenzt eingeschränkt werden können. So ist es nunmehr möglich, auch ohne richterlichen Beschluss Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Auch können Demonstrationen und Versammlungen verboten und Ausgangssperren gegen einzelne Personen oder für ganze Regionen verhängt werden. Aufgrund der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich wurde der Ausnahmezustand und die damit einhergehende erhöhte öffentliche Sicherheit bis nach dem Sportgroßereignis verlängert. Auch die Kontrollen an der französischen Staatsgrenze finden nach wie vor statt. Es wurden 1500 Reserveristen einberufen und rund 7000 Soldaten in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. All diese Maßnahmen dienen dazu, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und zu erhöhen.

Auch wirtschaftlich steht Frankreich vor enormen Aufgaben. Die öffentlichen Ausgaben des Landes zählen zu den höchsten in der Europäischen Union und sind seit 2010 permanent gestiegen. Bereits seit 2009 befindet sich Frankreich in einem europäischen Verfahren zur Absenkung des jährlichen Haushaltsdefizits und der Staatsverschuldung. Die EU-Kommission hat dazu, in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten, verschiedene Reform-

empfehlungen an die französische Politik gerichtet. Bisher ist jedoch noch nicht absehbar, dass das Land beim Schuldenabbau nennenswert vorankommt. Richtigerweise setzt die Regierung darauf, dass nur durch Wirtschaftswachstum nachhaltiger Wohlstand erzeugt werden kann. Sie lehnt Steuererhöhungen zur Finanzierung des Defizits daher ab. Gleichzeitig bleiben die Sparanstrengungen jedoch hinter dem notwendigen Maß zurück. Das Wachstum der französischen Volkswirtschaft betrug 2015 etwa 1,2 %. Die Prognose der EU-Kommission für 2016 geht von 1,3 % und für 2017 von 1,7 % aus. Dieses Wachstum führt jedoch leider nicht zu einem Absinken der Staatsschuldenquote. Während Deutschland und Frankreich im Jahr 2010 eine Staatsschuldenquote von etwa 81 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hatten, geht die EU-Kommission in ihrer Projektion für 2017 von einem Wert von rund 66 % für Deutschland und von rund 97 % für Frankreich aus.

Erschwert werden die Reformprozesse und Einsparprogramme durch einen anhaltenden, starken Widerstand von Seiten der gut organisierten Gewerkschaften. Landesweite Streiks legen Teile des öffentlichen Lebens regelmäßig lahm. Gleichzeitig sinkt die Unterstützung dieser Blockadepolitik in der Bevölkerung erheblich. Die Menschen sind es schlicht Leid, morgens nicht zu wissen, wie sie zur Arbeit und wieder nach Hause kommen sollen. Derzeit berät das französische Parlament eine umfassende Arbeitsmarktreform, mit der die Regierung der hohen Arbeitslosigkeit und den strukturellen Nachteilen des Arbeitsrechts begegnen will. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft weiter zu steigern. Nur so kann nachhaltiges Wachstum und Wohlstand gelingen.